

Verfassungsschutz setzt AfD-Klassifizierung aus - Was bedeutet das für uns?

Verfassungsschutz setzt Einstufung der AfD als rechtsextrem vorläufig aus; Eilantrag entscheidet über weitere Schritte.



Köln, Deutschland - Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat heute eine bedeutende Entscheidung zur Alternative für Deutschland (AfD) getroffen. In einem Eilverfahren wurde eine Stillhaltezusage ausgesprochen, die die bereits veröffentlichte Einstufung der AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung vorläufig aussetzt. Diese Maßnahme gilt bis zu einem endgültigen Urteil des Verwaltungsgerichts Köln über den entsprechenden Eilantrag der AfD. Der Zeitpunkt der Entscheidung ist derzeit noch ungewiss. Erstmals wird die AfD nicht mehr öffentlich als solche bezeichnet, was auch zur Löschung der entsprechenden Pressemitteilung auf der

Internetseite des Verfassungsschutzes führte, wie **MDR** berichtet.

Die Neubewertung der AfD durch den Verfassungsschutz folgt auf eine jahrelange Prüfung und offenbart in ihrem Bericht gravierende Bedenken. Grund für die Einstufung sind die als extremistisch beschriebenen Inhalte, die die Menschenwürde missachten. Zuvor war die AfD lediglich als Verdachtsfall eingestuft worden, was die Situation zusätzlich aufwühlend für die Partei macht.

Rechtsextremismus in Deutschland

Der Kontext der Entscheidung ist alarmierend. 2023 verzeichnet der Verfassungsschutz ein anhaltendes Wachstum der rechtsextremistischen Bewegungen in Deutschland. Laut einem Bericht des Verfassungsschutzes gibt es derzeit schätzungsweise 40.600 Personen mit rechtsextremistischem Hintergrund, was einen Anstieg um 1.800 im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Das Personenpotenzial gewaltorientierter Rechtsextremisten beläuft sich auf etwa 14.500. Dies sind beunruhigende Ziffern, die die Dringlichkeit der Debatte um rechtsextremistische Bestrebungen noch einmal unterstreichen, wie **Verfassungsschutz.de** ausführt.

In den letzten Jahren kam es zudem zu einem signifikanten Anstieg rechtsextremistischer Straftaten, die 2023 mit insgesamt 25.660 Delikten einen Anstieg von 22,4 % im Vergleich zu 2022 verzeichnen. Besonders alarmierend ist der Anstieg rechtsextremistischer Gewalttaten, der mit 1.148 Taten ebenfalls ansteigt - eine Zunahme um 13 % im Vergleich zum Vorjahr.

Demonstrationen und Versammlungen

Ein weiterer besorgniserregender Trend sind die vielen rechtsextremistischen Demonstrationen. Im Jahr 2023 gab es 367 Versammlungen, was einem drastischen Anstieg im

Vergleich zu nur 145 im Vorjahr entspricht. Zudem ist das Thema Migration und Asyl für Rechtsextremisten von zunehmender Bedeutung, da sie Krisen wie den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 nutzen, um eigene Narrative zu fördern.

Die Situation bleibt gespannt, und während die politischen Diskussionen zur AfD und ihrem Status weitergehen, bleibt abzuwarten, wie das Verwaltungsgericht Köln über den Eilantrag entscheiden wird. Das Thema Rechtsextremismus hat in der deutschen Gesellschaft somit weiterhin einen hohen Stellenwert und erfordert ständige Aufmerksamkeit von Seiten der Behörden und der Zivilgesellschaft.

Details	
Vorfall	Rechtsextremismus
Ursache	Die Menschenwürde missachtende, extremistische Prägung der Gesamtpartei
Ort	Köln, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.mdr.de• www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de